

GASTKOMMENTAR Steuererhöhung als Allzweckwaffe / Von Hermann Strasser

Immer gegen die Reichen

Es mußte offenbar erst zur großen Koalition kommen, damit die SPD die Besteuerung der Besserverdienenden wiederentdeckt. Plötzlich spielen die Genossen die „soziale Karte“, entdecken den „vorsorgenden Sozialstaat“ neu und behaupten erhoben Hauptes, daß es ohne staatliche Mehreinnahmen nicht gehe. Sieben Jahre hatte die SPD Zeit, eine „Umverteilungssteuer“ in einer linken Koalition durchzusetzen. Doch nicht einmal auf eine Wiederbelebung der bei den Linken beliebten Vermögensteuer hatte man sich eingelassen. Sie ist bis heute nicht abgeschafft, wird aber aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts seit 1997 nicht mehr erhoben. Das oberste Gericht hatte Reformauflagen verhängt, auf die sich die schwarz-gelbe Koalition und rot-grüne Opposition damals im Bundesrat nicht einigen konnten.

Als Sozialdemokraten und Grüne 1998 die Bundesregierung übernahmen, zeigten auch sie wenig Interesse daran, die Vermögensteuer wiederzubeleben. Das bestätigt auch eine von Roelf Bleeker-Dohmen an der Universität Duisburg-Essen durchgeführte Analyse der Vermögensteuerdebatten zwischen 1994 und 2003 in zwei bundesweit erscheinenden Tageszeitungen. Sie zeigt, daß die beiden Parteien mit dem Ende ihrer Oppositionszeit auch ihre mehrheitliche Begeisterung für die Vermögensteuer ablegten: Während sich SPD-Politiker zwischen 1994 und 1998 noch zu 73,1 Prozent dafür aussprachen, fand diese zwischen 1999 und 2003 nur noch zu 49,8 Prozent Zustimmung. Noch deutlicher war die Veränderung bei den Grünen: Von 71,9 Prozent Zustimmung sank der Anteil ab 1999 auf 40 Prozent.

Während ihrer Regierungsverantwortung unter Kanzler Schröder hatte die SPD diesen Konflikt mit dem Rest der Partei auszuhalten.

Kanzler Schröder betonte immer wieder, für eine Vermögensteuer gebe es keine Mehrheit. Deutlich mehr als die Hälfte aller in diese Richtung zielenden Deutungsmuster stammen aus dem Jahr 1999 – dem Jahr, in dem sich die Bundesratsmehrheit zugunsten der Union verschob. Frei nach Karl Valentin: „Gewollt hab' ich schon gemocht, aber gedurft ham' sie mich nicht gelassen.“

Nach dem überraschenden Ausgang der

„Eine Aufführung für das Wahlvolk“



letzten Bundestagswahl ist alles anders. Im Wahlkampf hatten die Grünen die Vermögensteuer – wie schon 2002 – wieder in ihr Programm aufgenommen. Die SPD dachte sich eine „Reichensteuer“ für Bezieher hoher Einkommen aus. An eine Umsetzung – gerade unter Rot-Grün – dürfte eigentlich niemand geglaubt haben. Mit ihrer personellen Erneuerung an Kopf und Gliedern entdeckt nun die SPD die alten Werte wieder. Sie propagiert das Konzept des „vorsorgenden Sozialstaates“, beide Volksparteien entdecken wieder den „aktivierenden Staat“ im nationalen Gewand – Dienstleistungsrichtlinie her, europäische Energiepolitik hin. Mit der Folge, daß die „Reichensteuer“ eine unerwartete Aufwertung als Faustpfand der Sozialdemokraten erlebt: Will die Union die steuerpolitische Grausamkeit einer Mehrwertsteuererhöhung durchbringen, muß sie im Gegenzug

die „Reichensteuer“ für einkommensstarke Bürger schlucken. Die „Reichensteuer“ war im Koalitionsvertrag als Einkommensteuer gedacht. Nach dem jahrelangen, auch von Rot-Grün durchgehaltenen Trend, den Spitzensteuersatz zu senken, wollen die Sozialdemokraten mit der Forderung nach Vermögen- und erhöhter Erbschaftsteuer, daß symbolträchtig draufgesattelt wird.

Die „Reichensteuer“, ob als Vermögensteuer oder als „Millionärssteuer“, behält damit ihre symbolische Rolle in einer Aufführung für das Wahlvolk. Sie ist das „Emotional Design der öffentlichen Meinung“, wie der Kommunikationswissenschaftler Norbert Bolz solche Präsentationen nennt. Dabei gehe es „nicht um die Lösung von Problemen, sondern um die Klärung von Gefühlslagen“. Die SPD muß in einer Koalition mit der Union, aber auch gegenüber der Linkspartei und den eigenen Linken ihr soziales Profil schärfen.

Bei aller Symbolpolitik könnte auch der Union gefallen, daß die Steuer auf Spitzen-einkommen dem Staat zusätzliche Steuereinnahmen bescheren würde. Zwar kein riesiger Schluck aus der Steuerpulle, aber einer, mit dem sich vielleicht die Kröte schlucken läßt. Und wenn es ihr einer vorwirft, könnte sie wiederum Valentin zitieren. Doch vermutlich sprechen Unionspolitiker dann, wie in der öffentlichen Politik üblich, von „Sachzwängen“ oder verweisen, wie in diesen Tagen auch üblich, auf die vermeintlich niedrige Steuerquote Deutschlands in der EU.

Prof. Dr. Hermann Strasser ist Lehrstuhlinhaber für Soziologie an der Universität Duisburg-Essen

forum@welt.de